



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 29.09.2016
C(2016) 6097 final

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

die Kommission dankt dem Nationalrat für seine Stellungnahme zu den als Reaktion auf die Ereignisse in der Ukraine verhängten restriktiven Maßnahmen der EU (2/MT/EU XXV.GP).

Die EU hat verschiedene restriktive Maßnahmen als Reaktion auf die rechtswidrige Annexion der Krim und Sewastopols sowie auf die Aktionen Russlands zur Destabilisierung der Lage in der Ostukraine verhängt. Diese Maßnahmen sind transparent und stützen sich auf Rechtsakte, die vom Rat einstimmig angenommen wurden. Die Maßnahmen der EU werden fortlaufend überprüft.

Außerdem überprüft die Kommission die wirtschaftlichen Auswirkungen der restriktiven Maßnahmen auf die EU und unterrichtet die Mitgliedstaaten hierüber regelmäßig im Rat. Es wurde festgestellt, dass die Auswirkungen auf die Wirtschaft der EU insgesamt begrenzt und beherrschbar sind, wobei die Situation je nach Sektoren und Mitgliedstaaten unterschiedlich ist.

Die russische Wirtschaft befindet sich seit Ende 2014 in einer tiefen Rezession. So ist das BIP im Jahr 2015 um 3,7 % zurückgegangen, und für 2016 wird weiteres negatives Wachstum erwartet. Diese Situation ist vor allem auf die niedrigen Ölpreise und die bestehenden strukturellen Engpässe zurückzuführen. Sanktionen werden als weiterer Faktor angesehen. Aufgrund dieser Faktoren hat der Handel zwischen der EU und Russland zwar abgenommen, doch ist auch der Handel zwischen Russland und Drittländern, die keine restriktiven Maßnahmen verhängt haben (z. B. China), im selben Zeitraum in vergleichbarem Umfang zurückgegangen.

Die sektoralen Maßnahmen, auf die der Nationalrat Bezug nimmt, wurden vom Europäischen Rat strikt mit der Umsetzung der Minsker Abkommen verknüpft. Wie vom Nationalrat erwähnt, sind diese Abkommen noch nicht vollständig umgesetzt, und die

*Frau Doris BURES
Präsidentin des Nationalrates
Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 WIEN
ÖSTERREICH*

Lage ist nach wie vor instabil. Angesichts der derzeitigen Situation hat der Rat am 1. Juli 2016 beschlossen, diese Maßnahmen um weitere sechs Monate bis zum 31. Jänner 2017 zu verlängern.

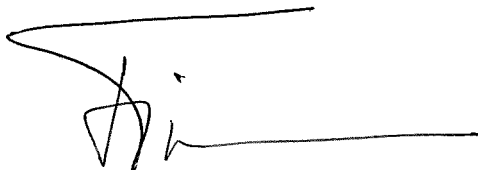
Die Kommission teilt die Auffassung des Nationalrates, dass die einheitliche Position der EU zu restriktiven Maßnahmen durch intensive Bemühungen ergänzt werden muss, um auf diplomatischem Wege eine friedliche Lösung der Krise in der Ukraine und deren Umfeld zu erreichen. Aus diesem Grund befürwortet die EU die laufenden Bemühungen im Rahmen des Normandie-Formats und der trilateralen Kontaktgruppe. Die EU und ihre Mitgliedstaaten leisten u. a. den größten Beitrag zu der Sonderbeobachtermission der OSZE.

Seit Beginn des Konflikts verfolgt die EU eine zweigleisige Politik, indem sie den über restriktive Maßnahmen ausgeübten Druck durch Dialog ergänzt. Die Kommission ist entschlossen, diesen Dialog auf der Grundlage der fünf zentralen Grundsätze für die Beziehungen mit Russland fortzusetzen, die vom Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ am 14. März 2016 vereinbart wurden.

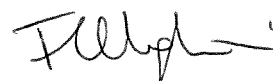
Vor diesem Hintergrund sieht die Kommission den Beratungen im Europäischen Rat über die Beziehungen mit der Russischen Föderation, die voraussichtlich im Herbst stattfinden werden, mit Interesse entgegen.

Die Kommission hofft, dass die in der Stellungnahme des Nationalrates aufgeworfenen Fragen mit diesen Ausführungen geklärt werden konnten, und sieht der Fortsetzung unseres politischen Dialogs erwartungsvoll entgegen.

Mit vorzüglicher Hochachtung



*Frans Timmermans
Erster Vizepräsident*



*Federica Mogherini
Vizepräsidentin*